

V0255/18
öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Taschenturmstr. 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 27.02.2018

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de

| Gremium | Sitzung am |
|----------|------------|
| Stadtrat | 20.03.2018 |

Masterplan Hochschulentwicklung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie aus Medienberichten bekannt wurde, hat der Ministerrat im Januar grünes Licht für die Planungen gegeben, bis zum Jahr 2030 die Zahl der derzeit 5.500 Studierenden zu verdoppeln. Für die ohnehin stark wachsende Stadt Ingolstadt ist dies eine zusätzliche Herausforderung, die bisher in der Stadtentwicklung und in den Beratungen des Stadtrates noch nicht abgebildet ist. Die Steigerung der Studierendenzahl soll Ingolstadt zu einer lebendigen Uni-Stadt machen und nicht den Wohnungsmangel oder verkehrliche Probleme verschärfen. Wir müssen vielmehr sowohl das Bauen und studentische Wohnen als auch den Verkehr nachhaltig gestalten, auch die Bedingungen für die Studierenden sollen gut sein.

Wir stellen daher folgenden

Antrag:

Die Verwaltung entwickelt einen „Masterplan Hochschulentwicklung“ und stellt diesen zeitnah zur Diskussion. Darin sollen die Bedarfe abgebildet werden, die sich aus der Ministerratsentscheidung und der „Vision 10.000“ ergeben, und es sollen lokale und ggf. regionale Strategien vorgeschlagen werden,

- a) sowohl für den direkten universitäre Raumbedarf (Hörsäle, Mensen, Büros)
- b) als auch für den Zusatzbedarf an Wohnraum und Mobilitätsangeboten.

Begründung:

Bei einer Verdoppelung der Studierendenzahl und dem entsprechenden Ausbau der THI ist absehbar, dass der daraus entstehende Bedarf an Hochschulflächen (Hörsäle, Mensen, Büros) wohl nicht im direkten Umfeld des THI-Campus gedeckt werden kann. Der Raumbedarf dafür muss dargestellt und stadträumlich verortet werden, um diesen sinnvoll für THI und Studierende und auch mit anderen städtischen Entwicklungen abstimmen zu können. Zudem sind zusätzliche städtische Ressourcen notwendig, die bisher noch nicht abgebildet sind und die mittelfristig sicher gestellt sein müssen, wenn die „Vision 10.000“ bis 2030 gelingen soll.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Christoph Lauer

gez.

Barbara Leininger

gez.

Petra Kleine (Fraktionsvorsitzende)

gez.

Christian Höbusch